

Stadt Bergisch Gladbach
Der Bürgermeister

Datum
05.09.2013
Ausschussbetreuender Fachbereich
Umwelt und Technik
Schriftführung
Doris Kamenzky
Telefon-Nr.
02202-14 1484

Niederschrift

Ausschuss für Umwelt, Klimaschutz und Verkehr
Sitzung am Dienstag, 09.07.2013

Sitzungsort

Ratssaal des Rathauses Bensberg, Wilhelm-Wagener-Platz 1, 51429 Bergisch Gladbach

Sitzungsdauer (Uhrzeit von / bis)

17:02 Uhr - 19:42 Uhr

Unterbrechungen (Uhrzeit von / bis)

Keine

Sitzungsteilnehmer

Siehe beigefügtes Teilnehmerverzeichnis

Tagesordnung

Ö Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung, Bekanntgabe nicht anwesender Ausschussmitglieder, Feststellung der ordnungsgemäßen und rechtzeitigen Einberufung sowie der Beschlussfähigkeit**

- 2 Genehmigung der Niederschrift der 1. Sitzung des Infrastrukturausschusses und des Ausschusses für Umwelt, Klimaschutz und Verkehr am 21.03.2013**

- 3 Genehmigung der Niederschrift der 2. gemeinsamen Sitzung des Planungsausschusses und des Ausschusses für Umwelt, Klimaschutz und Verkehr am 18.04.2013**

- 4 Genehmigung der Niederschrift der 21. Sitzung des Ausschusses für Umwelt,**

Klimaschutz und Verkehr am 30.04.2013 - öffentlicher Teil -

- 5 Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus der Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Klimaschutz und Verkehr vom 30.04.2013**
0279/2013
- 6 Mitteilungen des Ausschussvorsitzenden**
- 7 Mitteilungen des Bürgermeisters**
- 8 Beseitigung des Parkstreifens Hornstraße**
0276/2013
- 9 VI. Nachtragssatzung zur Satzung für die Friedhöfe der Stadt Bergisch Gladbach**
0224/2013
- 10 Fortsetzung der temporären Öffnung der Fußgängerzone Bensberg für den Fahrzeugverkehr**
0280/2013
- 11 Spielplatz / Grünanlage auf dem Regenrückhaltebecken Cederwaldstraße/ Tannenbergsstraße**
0277/2013
- 12 Baubeginn der Kanalbaumaßnahmen Friedrich-Offermann-Straße, 1. BA und Am Stadion/Buchholzstraße**
0269/2013
- 13 Anträge der Fraktionen**
 - 13.1 Einrichtung einer Fahrradstraße bzw. Einrichtung eines verkehrsberuhigten Geschäftsbereichs in der unteren Hauptstraße**
0335/2013
 - 13.2 Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 18.03.2013 zur Einrichtung eines Kreisverkehrs an der Kreuzung Dechant-Müller-Straße/Hauptstraße**
0230/2013/1
 - 13.3 Antrag der CDU-Fraktion vom 18.03.2013, eingegangen am 16.04.2013, zum Verkehrskonzept für das Umfeld der Naherholungsanlage am Diepeschrather Weg**
0346/2013
- 14 Anfragen der Ausschussmitglieder**
 - 14.1 Anfrage der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN vom 21.06.2013 zum Hochwasser in Bergisch Gladbach am 20.06.2013**
0361/2013

Protokollierung

Ö Öffentlicher Teil

1. Eröffnung, Bekanntgabe nicht anwesender Ausschussmitglieder, Feststellung der ordnungsgemäßen und rechtzeitigen Einberufung sowie der Beschlussfähigkeit

Der Vorsitzende des Ausschusses für Umwelt, Klimaschutz und Verkehr des Rates der Stadt Bergisch Gladbach, Herr Günter Ziffus, eröffnet um 17.02 Uhr die 22. Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Klimaschutz und Verkehr in der Achten Wahlperiode. Er begrüßt die anwesenden Teilnehmer und stellt fest, dass der Ausschuss ordnungs-, sowie fristgemäß eingeladen wurde und beschlussfähig ist.

Die Teilnehmer ergeben sich aus dem als Anlage beigefügten Verzeichnis.

Für die FDP-Fraktion nimmt Herr Rainer Vorndran stellvertretend für Herrn Martin Ebbinghaus an der Sitzung teil.

Herr Alexander Voßler ist erst ab 17.40 Uhr anwesend.

Für die aktuelle Sitzung ergänzt Herr Ziffus die Vereidigung von Herrn Thomas Sussenburger als neues Mitglied. Herr Zalfen informiert dazu, dass die SPD-Fraktion Herrn Sussenburger als sachkundigen Bürger vorgeschlagen und ihn der Rat auch als solchen in seiner Sitzung am 14.05.2013 gewählt habe. Um uneingeschränkt an allen Fraktions- und Ausschusssitzungen teilnehmen zu können, bitte er um seine Vereidigung.

Herr Sussenburger leistet dazu die nach der Verwaltungsvorschrift zu § 32 Absatz 4 GO NRW (alte Fassung) vorgesehene Verpflichtungsformel mit den folgenden Worten: "Ich verpflichte mich, dass ich meine Aufgaben nach bestem Wissen und Können wahrnehmen, das Grundgesetz, die Verfassung des Landes und die Gesetze beachten und meine Pflichten zum Wohle der Stadt Bergisch Gladbach erfüllen werde."

Sodann begrüßt ihn Herr Ziffus als sachkundigen Bürger und wünscht ihm viel Freude in der Kooperation mit den Kollegen.

2. Genehmigung der Niederschrift der 1. Sitzung des Infrastrukturausschusses und des Ausschusses für Umwelt, Klimaschutz und Verkehr am 21.03.2013

Herr Komenda erinnert Herrn Widdenhöfer an seine in dieser Sitzung gestellte Frage, wie weit die Stadt vertraglich Architekten oder Planer einschränken könne, ihre Urheberrechte voll zu entfalten, wie es Herr Fischer in der Fußgängerzone in Bergisch Gladbach gemacht habe. Auf diese Frage habe er bis heute keine Antwort erhalten. Diese Thematik gewinne an Brisanz, da ein Planer schon den Vorplatz der Marktgalerie Bensberg beplane und dieser Planer von keinem Ausschuss dieses Rates beauftragt worden oder diesem zumindest vorgestellt worden sei. Lediglich der Arbeitskreis der Planungssprecher habe Kenntnis von der Arbeit dieses Architekten.

Er finde es bedenklich, weil er über Informationen verfüge, dass auch dieser Architekt sehr penibel auf seinen Vorstellungen beharren könne. Er wolle künftigen Diskussionen, wie sie über Mülleimer, Parkbänke und anderes Inventar der Bergisch Gladbacher Fußgängerzone geführt worden seien, vorbeugen. Daher bitte er dringlichst darum Auskunft zu erhalten, wie künftig Verträge stadtfreundlicher gestaltet werden könnten.

Herr Widdenhöfer hat die Fragestellung anders verstanden und daher keine Notwendigkeit einer schriftlichen Beantwortung gesehen. Auch aus der Niederschrift entnehme er keinen unmittelbaren Handlungsbedarf. Er habe geantwortet, was auch weiterhin gelte, dass das zukünftig nur durch die

Aufnahme eindeutiger Passagen in neu abzuschließenden Verträgen verhindert werden könne. Nachträglich könne in keinen bestehenden Vertrag eingegriffen werden.

Herr Komenda informiert weiter, dass dieser von der Verwaltung beauftragte Planer bereits arbeite. Weder der Planungsausschuss, der Infrastrukturausschuss noch der Ausschuss für Umwelt, Klimaschutz und Verkehr sei vorab eingebunden worden. Lediglich habe die Planungssprecherrunde davon Kenntnis erhalten. Es fehlten jegliche Vorabgespräche über die Gestaltung des Platzes um die Treppe und um die Marktgalerie herum. Lediglich die Naturbühne solle erhalten bleiben.

Herr Ziffus geht davon aus, dass im öffentlichen Raum nur dann eine Bindung bestehe, wenn Rat, Ausschuss oder Verwaltung jemanden beauftragt hätten.

Herr Schmickler erklärt, dass Verstöße gegen Urheberrechte nur aus Ausführungsplanungen, wie der Auswahl einzelner Ausstattungsgegenstände entstehen könnten. Vorliegend handele es sich lediglich um Vorplanungen, die begleitend erforderlich seien, um den entsprechenden Bebauungsplan sachgerecht zu Ende führen zu können.

Es sei eine Selbstverständlichkeit und auch intern so besprochen, dass die Planung, sobald sie eine gewisse Qualität besitze, in die politischen Gremien eingebracht werde im Sinne eines Maßnahmebeschlusses. Ihm sei klar, dass Grundstücksgeschäfte, Bebauungsplan und Planung für diese öffentlichen Bereiche sowohl in einem inhaltlichen Zusammenhang als auch in politischem Beschlusszusammenhang stünden. Erst nach diesen Entscheidungen könnten Aufträge für konkrete Detailplanungen erteilt werden, die dann solche Folgen auslösen könnten. Insofern bestehe im Augenblick diesbezüglich keine Gefahr. Im übrigen stehe die Flächengestaltung erst an, wenn die Hochbaumaßnahme weitgehend abgeschlossen sei. Es sei ja bekannt, dass angedacht sei, den öffentlichen Platz mit Geschossen des Handels zu unterbauen. Logischerweise könne der erst nach kompletter Fertigstellung des Hochbaus erstellt werden.

Während dieser ganzen Zeit könnten Anregungen aufgenommen werden, um Folgen, wie sie befürchtet würden, zu vermeiden.

Herr Komenda lässt sich nachdrücklich bestätigen, dass die Politik verlässlich vorher gefragt werde und dass darauf geachtet werde, dass in den abzuschließenden Verträgen den ausführenden Planern nur eingeschränkte Rechte zugestanden würden. Ihm ist wichtig vorzusorgen, sich keinesfalls wieder erpressbar zu machen von wechselnden Vorstellungen eines Planers in der Gestaltung öffentlicher Plätze und Fußgängerzonen.

Herr Schmickler führt hierzu aus, dass es dann um keinen Wettbewerb gehe, sondern um einen ganz normalen Auftrag, den der Architekt zum Zeitpunkt X bekommen würde. Damit relativiere sich die Urheberrechtsthematik.

3. Genehmigung der Niederschrift der 2. gemeinsamen Sitzung des Planungsausschusses und des Ausschusses für Umwelt, Klimaschutz und Verkehr am 18.04.2013

Die Niederschrift wird einstimmig genehmigt.

4. Genehmigung der Niederschrift der 21. Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Klimaschutz und Verkehr am 30.04.2013 - öffentlicher Teil -

Die Niederschrift wird einstimmig genehmigt.

5. **Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus der Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Klimaschutz und Verkehr vom 30.04.2013**
0279/2013

Der Bericht wird zur Kenntnis genommen.

6. **Mitteilungen des Ausschussvorsitzenden**

1. Herr Ziffus hat seine **Mitteilungen in Schriftform** vorab an alle Ausschussmitglieder verteilt und verzichtet darauf, sie in Details vorzulesen. Hierbei handelt es sich 1. um eine Analyse des Hochwassers am 20.06.2013 und 2. um eine Presseerklärung zu den Hochwasserrisiken vom 14.06.2013, also 6 Tage vor Eintritt des Hochwassers. Die Unterlagen werden der Niederschrift beigelegt.

Herr Ziffus erläutert, dass sich der Inhalt des Schriftstückes 1 aus der Besichtigung sowohl während der Überschwemmung während des Gewitters in der Innenstadt von Bergisch Gladbach als auch über eine Fahrt ein paar Tage später entlang des Frankenforstbaches ergeben habe. Vielleicht könne er später im Zusammenhang mit TOP 8 noch einmal darauf hinweisen.

Mittlerweile sei das vorliegend beschriebene neuester Stand der geowissenschaftlichen Forschung, nämlich, dass es Rhythmen gebe und dass man bestimmte Niederschlagsereignisse in bestimmten Rhythmen erwarten könne. Zusammenhänge könne er gerne erklären. Vor ein paar Tagen sei zu diesem Thema ein differenzierter Filmbericht in 3Sat gesendet worden. Das bedeute, dass in der Periode 2012, 2013, 2014 mit solchen Starkregenereignissen verstärkt zu rechnen sei. Darauf hätte man sich einstellen müssen. In diesem Zusammenhang erinnert er an die zahlreichen politischen Diskussionen über den Hochwasserschutz in der Innenstadt, die die Hochwasserschutzmaßnahmen einschließlich des Hochwasserentlastungskanal in der Innenstadt verzögert hätten. Inzwischen sei klar, dass man sich solch verzögernde Diskussionen nicht mehr leisten könne. Ganz im Gegenteil müssten die Hochwasserentlastungen im Bereich des Strundekanal und im Bereich des Frankenforstbaches künftig mit absoluter Priorität durchgezogen werden.

2. Beim **Frankenforstbach** ist Herrn Ziffus aufgefallen, dass der Rückstau vor allem an den Thyssenprofilen erfolgt sei. Infolge des geringen Gefälles seien Versandungen entstanden und in diesem Zusammenhang habe sich die Durchflussfläche vermindert. Daher sei künftig zu überlegen, dem durch verstärktes Ausbaggern vorzubeugen. Für dieses Mal habe der Bach das sehr wahrscheinlich selbst übernommen.

Ferner hat Herr Ziffus festgestellt, dass offensichtlich in 2012 an der Straße Reiser, unmittelbar neben dem Frankenforstbach, Baugenehmigungen erteilt worden seien. Die Bauherren hätten anschließend, weil da Wasser stand, direkt am Bach und nicht in vorgeschriebenem Dreimeterabstand, einen Hochwasserschutzwall für sich errichtet. Auf Befragen habe der Bauherr mit der Gegenfrage geantwortet, ob er denn mitten in seinem Garten einen Hochwasserschutzwall erstellen solle.

In diesem Zusammenhang könne er sich an Diskussionen mit BUND und mit der unteren Wasserbehörde von vor mehr als 20 Jahren erinnern, in denen auf solche Einbauten aufmerksam gemacht worden sei. Offensichtlich habe niemand konsequent durchgezogen, derartige Einbauten zu beseitigen und künftig zu verhindern. Hier gebe es erheblichen Handlungsbedarf.

Außerdem müsse er, auch gegen seine Gewohnheit, aktuell entscheidende Sätze aus einem Brief von Haus- und Grund vom 02.04.2013 zitieren, worin gegen die Erhöhung der Abwassergebühren aufgrund durchgeführter Maßnahmen des Abwasserbeseitigungskonzeptes protestiert werde:

"Mittlerweile seien auch viele Maßnahmen getroffen worden, die Überschwemmungen verhindern sollen. Regenrückhaltebecken seien in Hebborn und Gronau errichtet worden. In Gronau sei ein unterirdischer Betontempel, in Anführungsstrichen, entstanden im Werte von ca. 8 Mio. Euro. Deshalb sei es unverständlich, dass weitere Baumaßnahmen geplant würden. Wäre es nicht vernünftiger einmal in der Praxis abzuwarten, ob denn weitere Kanäle und Regenrückhaltebecken gebaut werden müssten, ehe dass die Bürger mit solchen Gebühren belastet würden."

Herr Ziffus geht davon aus, dass sich dieses Thema aufgrund des Praxistests vom 20.06.2013 erledigt habe. Vor diesem Hintergrund könnten mit größerer Entschlossenheit heute auch die entsprechenden Beschlüsse von TOP A 12 gefasst und nach außen vertreten werden, da die beiden Projekte Hochwasser entlastende Wirkung und nicht nur ökologische hätten. Durch die aktuelle Hochwassererfahrung werde diesbezüglich manches einfacher, so sehr er das bedaure, was den Anwohnern widerfahren sei.

3. Ausscheiden Herr Ziffus teilt mit, dass er, entgegen der Information in der Bergischen Landeszeitung vom 09.07.2013 Ende des Monats aus dem aktiven Schuldienst ausscheide, aber wegen Wegzugs aus dem Stadtgebiet erst mit Wirkung vom 30.09.2013, 24 Uhr, aus dem Rat der Stadt Bergisch Gladbach.

7. Mitteilungen des Bürgermeisters

Es werden keine Mitteilungen vorgetragen.

8. Beseitigung des Parkstreifens Hornstraße 0276/2013

Herr Ziffus erkundigt sich nach Wortmeldungen und führt aus, dass es sich zwar um eine Mitteilungsvorlage handele aber doch ein Beschluss zu fassen sei, da es sich um einen Umbau handele.

Herr Zalfen stimmt im Namen der gesamten SPD-Fraktion der Maßnahme uneingeschränkt zu. Ergänzend informiert er, dass im Bereich etwa vor Hausnummer 20, in der leicht gezogenen Rechtskurve, auf der rechten Seite ein durchgängiger Parkstreifen markiert sei. Wenn der komplett beparkt sei, könne man kaum sehen, ob von unten jemand entgegen komme.

Auch wenn die Anwohner den Parkraum brauchen würden, regt er an, einen oder zwei der Stellplätze zum einfacheren Ausweichen umzumarkieren.

Herr Hardt ergänzt, dass dort noch zwei weitere Engpässe durch Hecken entstanden seien, wodurch weiterer Handlungsbedarf bestehe. Er geht davon aus, mit der Straßenverkehrsbehörde hierfür Lösungen zu finden.

Herr Dlugosch hält eine Beschlussfassung für notwendig, auch wenn das so direkt in der Vorlage nicht formuliert, sondern lediglich dem Text zu entnehmen sei.

Herr Höring wendet ein, dass man sich vorliegend in einer Tempo 30 Zone befinde, in der man allein wegen zu erwartender Fahrradfahrer, Fußgänger und spielender Kinder ohnehin vorsichtiger fahren solle. Wenn ein Straßenzug nicht gut einsehbar sei, heiße das nicht, dass man möglichst alle Hindernisse entfernen solle. In der Örtlichkeit herrsche ein gewisser Parkdruck, der durch die markierten Parktaschen noch verstärkt werde.

Es treffe zwar zu, dass der Bürgersteig an der betreffenden Stelle relativ schmal sei, aber der auf der gegenüber liegenden Seite sei breit genug und ausreichend ausgebaut zum Befahren mit

Kinderwagen und Rollatoren. Er könne sofort zig Maßnahmen benennen, bei denen die für die Bürgersteigverbreiterung veranschlagten 6.500 € sinnvoller angelegt seien. Daher werde die CDU-Fraktion diesen Beschluss eher ablehnen.

Herr Ziffus erinnert, dass man an solchen Stellen vielfach Baumscheiben gesetzt habe, die neben ungehinderter Sicht bremsende Wirkung erzielten. Er fürchtet, dass die Strecke ohne Bremsgeber dazu animiere, Bergrennen zu fahren. Daher schlägt er vor, der Verwaltung zu empfehlen, noch einmal darüber nachzudenken, ob eine Baumscheibe als Bremsgeber angemessen wäre oder eine Verengung der Straße in irgendeiner anderen Form.

Herr Zalfen erinnert, dass sein Vorschlag mit Wegnahme einer Parktasche eine Bitte an die Verwaltung gewesen sei, das zu prüfen. Beschlossen werden könne heute die Verbreiterung des Gehweges.

Das halte er nach wie vor für sinnvoll, denn der Bürgersteig sei dort so schmal, dass er nicht einmal mit einem Cruiser befahren werden könne.

Die Befürchtung, dass dieser Bereich zu einer Rennstrecke mutiere, halte er für unangebracht, da auf der Hornstraße von der Reuterstraße kommend, dauernd alternierendes Parken mit 2 Parktaschen vorgesehen sei und es nur dieses eine lange Stück mit den 8 oder 9 Parktaschen hintereinander gebe. Wenn man davon eine wegnehme, würde immer noch alternierend geparkt und es käme dadurch keinesfalls zu einer Rennstrecke. Er plädiere weiterhin dafür, den Gehweg, wie vorgeschlagen, an dieser Stelle zu verbreitern. Schließlich handele es sich um einen Weg zum Krankenhaus. Hier mit einem Rollator die Straßenseite wechseln zu müssen, halte er für nicht angemessen.

Herr Mömkes schlägt vor, die Vorlage an die Verwaltung zurückzuweisen mit der Bitte, zur nächsten AUKV-Sitzung im September eine Alternativmöglichkeit zu unterbreiten, evtl. mit Baumscheibe, verbreitertem Bürgersteig und/oder versetzten Parktaschen.

Herr Ziffus fasst zusammen, dass der Ausschuss für Umwelt, Klimaschutz und Verkehr der Verwaltung den Auftrag erteile, für die nächste AUKV-Sitzung eine beschlussfähige Vorlage zu erstellen.

9. **VI. Nachtragssatzung zur Satzung für die Friedhöfe der Stadt Bergisch Gladbach**
Gladbach
0224/2013

Herr Leuthe verweist auf die Vorlage und begründet die Notwendigkeit der Satzungsänderung mit der bisherigen Unterschiedlichkeit vom Satzungstext und dem Text des Anmeldebogens der Friedhofsverwaltung. Aus dem Anmeldebogen sei ganz klar erkennbar, dass es auf dem Friedhof in Gronau nur zweistellige Grabkammern gebe. Auch wenn die Grabstelle in der Fläche einstellig sei, handele es sich trotzdem um ein Doppelgrab mit entsprechenden Gebührenforderungen. Um künftigen weiteren Missverständnissen vorzubeugen, solle die Satzung entsprechend ergänzt werden.

Herr Ziffus lässt abstimmen mit dem Ergebnis, dass der **Ausschuss für Umwelt, Klimaschutz und Verkehr dem Rat der Stadt Bergisch Gladbach einstimmig empfiehlt, die vorgelegte VI. Nachtragssatzung zur Satzung für die Friedhöfe der Stadt Bergisch Gladbach (Friedhofssatzung) in der Fassung der Vorlage zu beschließen.**

10. Fortsetzung der temporären Öffnung der Fußgängerzone Bensberg für den Fahrzeugverkehr
0280/2013

Herr Höring bestätigt den Eindruck, dass die Einbahnstraßenregelung in der Fußgängerzone im Großen und Ganzen gut funktioniert habe, insbesondere nach der Korrektur der abendlichen Öffnungszeiten. Daher schlägt er stellvertretend für die CDU-Fraktion vor, den Beschluss der Verlängerung wieder auf ein Jahr zu befristen

Zum zweiten appelliert er erneut an die Straßenverkehrsbehörde, einen schmalen Fahrstreifen auszuweisen, der das Fahrradfahren gegen die Fahrtrichtung ermögliche. Im Zweifelsfalle müsse der ein oder andere Blumenkasten versetzt werden, der zu dicht an der Fahrbahn stehe. Aufgrund der schwierigen Topografie würde das vielen Fahrradfahrern, darunter auch viele Jugendliche, das Radfahren sehr stark erleichtern. Viele führen ohnehin dort, auch wenn es nicht erlaubt sei. Es gebe in vielen Städten die Möglichkeit gegen die Einbahnstraße Rad zu fahren. Hier sei die Fläche extrem breit und er könne sich nicht vorstellen, dass es nicht möglich sei,

Herr Zalfen schließt sich persönlich und stellvertretend für die SPD-Fraktion diesen beiden Anträgen an. Besonders erfreulich sei, dass der Hauptbeschwerdeführer, mit dem zahlreiche Gespräche geführt worden seien, mit dem Ergebnis dieses Versuchs sehr zufrieden sei.

Herr Schallehn spricht sich persönlich und stellvertretend für die Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN weiterhin gegen die Öffnung der Fußgängerzone aus.

Darüber hinaus weist er darauf hin, dass das im Vorlagetext erwähnte Schreiben der Immobilien- und Standortgemeinschaft (ISG) als Anlage fehle, auch im Intranet. Angeblich sei die Unterlage in einem anderen Ausschuss verteilt worden.

Im übrigen bezweifle er, dass ein einzelnes Schreiben, das der ISG, als Evaluation ausreiche, diesen Versuch als positiv weiter zu führen. Er wünsche sich eine konkrete Befragung aller Händler, um sich ein Bild davon machen zu können, welcher den Versuch als positiv bewertet hat und welcher nicht. Die Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN würde gegen diesen Vorschlag stimmen, nicht jedoch gegen die Einrichtung einer Fahrradspur entgegen der Einbahnstraße.

Herr Dlugosch kritisiert, dass die Verwaltung nach der Testzeit noch kein konkretes Ergebnis über die Auswirkungen vorlegen könne.

Darüber hinaus hält er die Meinung der Geschäftsleute für stark geschönt, denn als er kürzlich freitags nachmittags gegen 15.00 Uhr bei schönem Wetter in der Schlossstraße gewesen sei, habe die auf ihn einen ebenso verlassenen Eindruck gemacht wie zuvor. Allenfalls die Hälfte der Parkbuchten sei besetzt und nur wenige Käufer unterwegs gewesen. Daraus schließe er, dass das Problem weiterhin bestehe. Er glaube nicht, dass die Öffnung der Fußgängerzone zu deren Belebung geführt habe.

Er habe gehört, dass sich doch einige der Anwohner durch die durchfahrenden Autos belästigt fühlen.

Vor diesem Hintergrund würde er, stellvertretend für die Fraktion Die Linke./BfBB, dagegen stimmen.

Herr Mörs bekräftigt die Notwendigkeit, dass eine befristete Öffnung für ein Jahr, jedoch maximal bis zum Abriss des LoewenCenters beschlossen würde, denn er fürchte ansonsten einen Konflikt mit den Baumaßnahmen.

Herr Schmickler stellt klar, dass allen Beteiligten, auch den Bauherren bekannt und bewusst sei, dass ab dem Abbruchbeginn Teile der Straßenfläche als Baufeld benötigt würden und der Platz dann keinesfalls mehr für zusätzlichen Autoverkehr ausreiche. Der jetzt zu fassende Beschluss beinhalte neben der Jahresfrist auch diesen Endzeitpunkt.

Herr Widdenhöfer unterstützt den Vorschlag Radverkehr gegen die Einbahnstraße zu ermöglichen und versichert, dies mit der Polizei erneut zu diskutieren, um dem Wunsch entsprechen zu können.

Herr Ziffus lässt abstimmen:

1. Der Antrag von Herrn Schallehn und Herrn Dlugosch, den Versuch der Öffnung der Fußgängerzone nicht zu verlängern, wird gegen die Stimme der Fraktion Die Linke./BfBB und den beiden Stimmen der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN und einer Enthaltung mehrheitlich abgelehnt.

2. Der Antrag, erneut die Anlegung einer Fahrradspur entgegen der Fahrtrichtung zu prüfen, wird mit zwei Enthaltungen einstimmig angenommen.

3. Der Antrag auf Befristung für maximal 1 Jahr wird bei einer Enthaltung und gegen die Stimme der Fraktion Die Linke./BfBB mehrheitlich angenommen.

**11. Spielplatz / Grünanlage auf dem Regenrückhaltebecken Cederwaldstraße/
Tannenbergstraße
0277/2013**

Für Herrn Höring selbst und für die CDU-Fraktion ist grundsätzlich unstrittig, auf dem Gelände des Regenrückhaltebeckens an der Tannenbergstraße wieder eine Grünfläche mit einem Spielplatz anzulegen. Es stelle sich nur die Frage nach der Größenordnung im Verhältnis zum Standort und dem tatsächlichen Bedarf vor Ort. Bei einer Größenordnung von 200.000 € und einem Standort in der Innenstadt, umgeben von Gewerbe und Industrie erkundigt er sich, ob vorab eine Bedarfsberechnung erfolgt sei. Hinzu komme, dass große Spielplätze, wie der an der Saaler Mühle, häufig von Eltern mit Autos angefahren würden. Insofern gebe es auch Parkplatzbedarf in dieser Gegend. Vielleicht könne dafür im Randbereich ein Parkstreifen vorgesehen werden.

Bei Betrachtung der Kalkulation falle der hohe Betrag für Erdarbeiten in Höhe von 120.000 € der veranschlagten Gesamtkosten in Höhe von 200.000 € auf und werde zu Zeiten knapper Kassen kritisch hinterfragt. Auch sei wichtig vor Beschlussfassung zu wissen, ob dieser Betrag als absolute Obergrenze oder nur als Schätzgröße kalkuliert sei.

Herr Dlugosch befürwortet im Namen der Fraktion die Linke./BfBB den Vorschlag dort wieder eine Grünfläche mit Spielplatz anzulegen. Ihnen sei besonders wichtig, dass der Spielplatz so eingefriedet werde, dass er nicht wieder zu einer Hundewiese mutiere wie in der Vergangenheit.

Herr Buchen geht davon aus, dass bei der Diskussion über das Thema "Spielplatz an der Tannenbergstraße" auch gleichzeitig über das Thema "Spielplätze im allgemeinen" gesprochen werde. Daher interessiert ihn vor allem, ob der Betrag in Höhe von 200.000 € ausschließlich an dieser Stelle zu investieren sei oder ob dort vielleicht eine "kleinere Lösung" denkbar wäre, die Gelder für die Sanierung anderer Spielplätze mit großem Nachholbedarf im Stadtgebiet übrig lasse. Das sei auch fraktionsintern so diskutiert worden. Es gehe keinesfalls darum weniger Geld auszugeben sondern nur darum, es gegebenenfalls anders zu verteilen.

Er selbst erkundige sich regelmäßig im AUKV und dem Jugendhilfeausschuss (JHA) nach diesen Themen. Der JHA beschäftige sich am 18.07.2013 wieder mit dem sehr wichtigen Thema der Spielplatzbedarfsplanung. Da man mit dieser Planung seit zweieinhalb Jahren nicht weiter komme, würden weiterhin die mit Schulnoten bewerteten Spielplatzsanierungen nach Exelliste im Grünflächenamt abgearbeitet. In diesem Zusammenhang stelle sich die Frage, ob tatsächlich so viele Spielplätze gebraucht würden wie vorhanden seien, denn teilweise handele es sich nur noch um Grundstücke mit wild wachsendem Rasen, auf die vielleicht verzichtet werden könne, um mit den Geldern dann andere instand halten zu können.

Er fasst zusammen: Welche Möglichkeiten bestehen, die Fläche an der Tannenbergstraße mit Grünfläche und Spielplatz zu einem günstigeren Preis herzurichten, um dadurch noch Mittel für andere Plätze verfügbar zu haben?

Herr Leuthe hat wegen der heftigen Diskussionen im CDU-Arbeitskreis am Vortag Unterlagen vorbereitet, aus denen man ersehen könne, was vorher dort gewesen sei. Geplant sei ein B-Spielplatz für die älteren Kinder, in den einer für kleinere Kinder integriert werden solle. Orientiert habe man sich an der Planung von Wohnbebauung für das Steinbüchelgelände. Hierzu habe man angedacht, die Verpflichtung der Bauherren zum Bau eigener Spielplätze durch Ablösegeelder abzuschöpfen, die dann wiederum für die Sanierung anderer städtischer Spielplätze genutzt werden könnten. Bei der Neugestaltung der Fläche auf dem Regenrückhaltebecken würden ca. 16.000 € eingespart dadurch, dass anfallende Kosten für Begleitgrün von Firmensponsoren übernommen würden. Die zu pflanzenden Bäume seien aber aus städtischen Mitteln zu bezahlen.

Der zugrunde gelegte Bedarf an Spielplatzfläche ergebe sich aus der Spielplatzbedarfsplanung des Jugendamtes von 2010. Darin sei eine Unterdeckung an Spielplatzfläche für den Wohnplatz 21 in Höhe von 16.695 m² ermittelt worden. Die Fläche auf dem Regenrückhaltebecken sei die einzige fußläufig erreichbare Grünfläche/Spielplatzfläche in der westlichen Innenstadt. Viele Wohnungen in der nahen Umgebung seien Geschosßwohnungen ohne Garten. Die Fläche sei früher auch intensiv genutzt worden von Familien mit Kindern. Auch sei auf dem Wiesenanteil das Lagern möglich gewesen. Einen Bolzplatz dort zu erstellen gestalte sich wegen des Immissionsschutzes bauplanungsrechtlich als schwierig. Daher wolle man einen Bereich einfach als Wiese belassen.

Die Wege als funktionelle einfache Schotterwege anzulegen sei notwendig, um Unterhaltungsarbeiten am Spielplatz durchführen zu können und den Kollegen des Abwasserwerks die Zufahrt zu den Schächten zu ermöglichen.

Das einzige Highlight auf dem Spielplatz sei die Pyramide mit Rutsche. Vorstellbar sei die Pyramide einzusparen. Die Ersatzbeschaffung des alten Gerätes koste 20.000 € und die Pyramide dagegen 31.000 €. Allerdings sei die Pyramide auch ein Identifikationspunkt und ein schönes Signal als Eintritt in die untere Hauptstraße, also als Zugang zur westlichen Innenstadt.

Herr Leuthe hält das vom Abwasserwerk zu erhaltende Geld so für gut angelegt.

Ausgehend von den Diskussionen im Arbeitskreis habe er eine Alternative erarbeiten lassen, die die Minimalkosten für die Oberflächenherstellung ohne Spielplatz ansetze. Wenn man die westliche Miete belasse und den Rest des Mutterbodens verteile, einsähe und bepflanze ohne Bodenmodellierung komme man auf einen Betrag in Höhe von 65 000,-€. Mit der vorgeschlagenen Lösung werde aber für die Zukunft ein Mehrfaches an Gestalt- und Spielqualität erreicht. Vorliegend handele es sich keineswegs um eine "Edelanlage" im Vergleich zu anderen städtischen Spielplätzen. Die Erstellungskosten für den Spielplatz am Kahnweiher, barrierefrei und mit dem gummierten Fallschutz, lägen bei 479 €/m² (reine Spielplatzfläche ohne Grünanlagenanteil), bei dem Spielplatz Willy-Brandt-Straße, der 2003 als letzter großer Spielplatz im Siedlungsbereich neu erstellt worden sei und den der Bund mit finanziert habe, läge der Quadratmeterpreis bei 77 €/m², wogegen der Quadratmeterpreis für den jetzt neu zu erstellenden Spielplatz mit Grünanlage an der Tannenbergstraße nur 41 €/m² betrage. Jeder, der im planerischen Bereich tätig sei würde bestätigen, dass die Kosten für die Wiederherstellung der Fläche mit diesem Standard nicht übertrieben seien.

Es sei durchaus möglich die Spielgeräte einzusparen, aber er sei der Überzeugung, dass eine solche Entscheidung für die dort wohnende Bevölkerung nicht der richtige Weg sei.

Ob Parkbedarf entstehe, weil die Leute die Rutsche nutzen wollen, sei nicht sicher, da der Spielplatz nicht vergleichbar sein werde mit denen an der Saaler Mühle und in Diepeschraath. Der Spielplatz sei eher gedacht für die Innenstadt. Falls doch könne in der unteren Innenstadt und unter den Platanen in der Tannenbergstraße geparkt werden.

Für die Kalkulation der Erdarbeiten sei ein Mittelwerte aus dem Standardleistungsbuch von den letzten Aufträgen für Straßenbau und Erdarbeiten zugrunde gelegt worden. Bei Spielplätzen habe man immer das Gefühl das dürfe nichts kosten, wobei hier aber genauso Tiefbauarbeiten anfallen würden wie beim Straßen- oder Kanalbau. Auch seien im Arbeitskreis die Betonbandmodule beanstandet worden. Dabei handele es sich um Multifunktionsgeräte, die als Spiel- und Sitzgeräte genutzt werden könnten. Die Schätzkosten seien kalkuliert inklusive Lieferung und Einbau. Heute habe er erfahren, dass der Kämmerer zugestimmt habe, die 45.000 € im investiven Bereich der Spielplätze für 2014 auf 100.000 € aufzustocken und die zusätzlichen 55.000 € im konsumtiven Bereich wieder zu streichen. Damit wäre zuzüglich der eingesparten 16.000 € wieder mehr Geld verfügbar für die Sanierung anderer städtischer Spielplätze.

Bei dem Gedanken an Reduzierung von Spielplätzen und dem Verkauf der Grundstücke empfiehlt Herr Leuthe zu bedenken, dass Über- und Unterdeckung an Spielplatzbedarf zyklisch verlaufen würden. In Neubaugebieten bestehe ein Riesenbedarf durch den Einzug junger Familien. Nach ca. 20 Jahren sei der Spielplatzbedarf geringer und nach ca. 35 Jahren bestehe für die 2. Generation wieder neuer Bedarf. Wenn man die Spielplatzfläche verkaufe, habe die Nachfolgeneration eine Unterdeckung.

Herr Schallehn begrüßt die vorliegende Spielplatzplanung und wundert sich darüber, dass die CDU-Fraktion, wenn es um Verkehrsangelegenheiten gehe, immer Millionen von Euro bereitstelle oder die Brötchentastenreglung unterstütze. Wenn es aber um Spielplätze gehe, gucke man auf jeden Euro. Ihn verwundere auch die Sichtweise der CDU-Fraktion, mit Kindern mit dem Auto zum Spielplatz zu fahren.

Er regt an, den Spielplatz auch für mehr Generationen zugänglich zu machen und z.B. eine Boule-Bahn oder ein Schachbrett anzulegen.

Auch Herrn Zalfen und der SPD-Fraktion gefällt die vorgelegte Spielplatzanlage. Ebenso sei der städtebauliche Aspekt, am Ortsende der Altstadt von Bergisch Gladbach einen attraktiven Spielplatz mit Turm anzubieten, nachvollziehbar. Der Spielplatz werde ein Highlight wenn man da vorbeiführe, im Gegensatz zu dem, was früher dort gewesen sei. Die SPD-Fraktion hätte auf diesem Gelände auch gerne zusätzlich einen Bolzplatz bereit gestellt. Aber man habe sich von der baurechtlichen Problematik überzeugen lassen.

Das Geld an dieser Stelle einzusetzen als Ausgleich für das, was vorher da gewesen sei und vom Abwasserwerk aus dem Gebührenhaushalt finanziert werde, ähnlich den Ausgleichsmaßnahmen in Bebauungsplänen, halte er für gut.

Auch der Gedanke, hinterher damit Einkünfte erzielen zu könne, wenn die Wohnbebauung im Bereich der Firma Kops anstehe, gefalle ihm. Die SPD-Fraktion halte das Geld an der Stelle für hervorragend investiert.

Für Herrn Mömkes steht außer Zweifel, an dieser Stelle eine ordentliche Grünfläche mit einem ebenso ordentlichen Spielplatz anzulegen. Lediglich die Frage der Dimensionierung sei überdenkenswert, denn er habe von einem Anwohner der Friedrichstraße erfahren, dass dort außer dessen eigenem Kind nur noch 3 weitere Kinder wohnen würden. In der Tannenbergsstraße sei die Situation wahrscheinlich ähnlich. Unter diesem Gesichtspunkt sei er nicht bereit, die vorgelegte Vorlage zu beschließen. Statt dessen solle sich die Verwaltung vorab mit den zukünftigen Bauherren ins Benehmen setzen und gemeinsam mit denen diesen Spielplatz planen, da auch die zukünftigen Anwohner in diesem Gebiet diesen Spielplatz nutzen sollen. Dafür erfolge dann die Beteiligung. Mit den dann übrig bleibenden Entschädigungsgeldern des Abwasserwerks möchte er dann andere Spielplätze in Bergisch Gladbach sanieren lassen, unabhängig von den zusätzlich bereit gestellten 55.000 €.

Herr Schmickler führt aus, dass man bei Betrachtung des Umfeldes schnell feststelle, dass dieser Spielplatz, wie schon sein Vorgänger, kein Spielplatz sei, der nur für die unmittelbar benachbarten Straßen eine Funktion habe. Zum Einzugsbereich gehörten auch Teile der Hauptstraße und die Cederwaldstraße. Auch gebe es in dieser Umgebung kaum freies Gelände und keine weiteren Grünflächen.

Vor diesem Hintergrund handele es sich nicht nur um einen Kinderspielplatz, sondern um eine Grünfläche, die dem gesamten Umfeld diene. Dort auch ein paar Angebote für Erwachsene zu machen, wie von Herrn Schallehn vorgeschlagen, halte er für denkbar, denn er könne sich daran erinnern, dass diese Fläche in der Vergangenheit auch von Erwachsenen genutzt worden sei.

Wie viel Geld letztlich an dieser Stelle ausgegeben werden solle, sei eine politische Entscheidung. Wenn eine neue Aufstellung gewünscht werde, bitte er um Benennung einer konkreten Summe als Orientierung für die Verwaltung.

Herr Leuthe bestätigt den Hinweis von Herrn Dlugosch, dass das Gelände trotz eindeutiger Beschilderung früher auch als Hundelaufwiese genutzt worden sei mit entsprechenden Hinterlassenschaften, weil über diese Wiese hinaus keine weitere Grünfläche vorhanden gewesen sei. Dem könne nur mit vermehrten Kontrollen durch die Ordnungsbehörde entgegengewirkt werden. Einen Stabgitterzaun ringsum zu errichten werde sehr teuer. Der Betrag würde für die Anschaffung der Spielgeräte verloren gehen.

Eine Boule-Bahn und ein Schachbrett anzubieten sei vorstellbar. Vorab sollten aber Überlegungen einbezogen werden, ob diese Einrichtungen auch genutzt würden. Im Bürgerpark Steinbreche gebe es z.B. eine Boule-Bahn, die vom Bürgerverein Refrath gewünscht worden sei und kaum genutzt werde. Die Boule-Bahn auf dem Spielplatz Kolpingstraße sei von StadtGrün zum Kleinspielfeld umgebaut worden, damit die kleineren Kinder, die immer vom Bolzplatz von den Größeren vertrieben würden, auch eine Möglichkeit zum Fußballspielen hätten. Zu dem Einwand von Herrn Mömkes hinsichtlich Bedarf und Dimensionierung könne er nur auf den letzten Spielplatzbedarfsplan 2010 hinweisen, in dem ein Fehlbedarf für den Wohnplatz 21 von 16.695 m² genannt werde. Ihm sei nicht bekannt, wie viele Kinder kleine oder größere dort wohnen würden. Vorliegend solle ein B-Spielplatz erstellt werden, den Schulkinder selbst mit dem Fahrrad erreichen könnten. In der Cederwaldstraße, der Hauptstraße und im hinteren Bereich der Hebborner Straße gebe es Geschosswohnungsbau mit vielen Kindern. Vor der Baumaßnahme sei die Fläche immer sehr stark genutzt worden. Bedarf sei eindeutig gegeben, denn der nächste Spielplatz existiere erst an der Richard-Zanders-Straße, fast an der Bensberger Straße. Konkreter Bedarf könne nur durch Einblick in die Ortsstatistiken ermittelt werden, was früher das Jugendamt gemacht habe. Im Augenblick wisse er nicht, wer das leisten solle. Er beziehe sich auf die Spielplatzbedarfplanung 2010 und den großen Fehlbedarf.

1993/1994 habe man zum Glück für die Anwohner darauf verzichtet, dort eine Kita zu bauen und das Gelände als letzte Grünfläche im Innenstadtbereich zu belassen.

Vor dem Bau des Regenrückhaltebeckens sei von dem Stadtplaner Kurz ein neuer Spielplatz mit neuen Spielgeräten zugesichert worden.

Herr Wagner schließt sich in großen Teilen den Ausführungen von Herrn Mömkes an, über den Umfang der Möglichkeiten auf dem Spielplatz neu nachzudenken. Er erinnert sich an Leute, die z.B. ihre Mittagspause auf einer Decke sitzend dort verbracht hätten. Dafür sei das Gelände auch gut geeignet. Er Sorge sich darum, dass ein solcher Platz mit derartiger Ausstattung auch in Ordnung gehalten werden müsse. Hierzu fehle ihm eine Folgekostenberechnung in der Vorlage. Denn was nützten die schönsten Spielplätze, wenn in 5 - 6 Jahren Hölzer ersetzt werden müssten oder Schrauben verrostet seien und abbrechen würden und die Stadt nicht mehr in der Lage sei, die Geräte in Ordnung zu bringen. Er erwähnt den Spielplatz bei Mc.Donald's, der 24 Stunden geöffnet und stark frequentiert sei und wer eine Rutschbahn suche, gehe ohnehin dorthin, weil es attraktiv zu sein scheine.

Die Grünfläche solle man eher als Ruhe- oder Sitzwiese nutzen. Früher hätten auch häufig Kinder darauf Fußball gespielt. Dafür brauche man lediglich eine robuste Wiese mit gutem Untergrund. Die erfülle ihren Zweck und der Gesundheit sei es in jedem Fall förderlich.

Herr Buchen dankt Herrn Leuthe für seine Ausführungen, aber er habe den Eindruck missverstanden worden zu sein. Es sei in dem Arbeitskreis weder um eine "Edelanlage" gegangen genau so wenig wie darüber diskutiert worden sei, ob auf irgendeines der Spielgeräte verzichtet werden solle. Als hinterfragenswert werde von der CDU-Fraktion der hohe Betrag für Erdarbeiten angesehen. Bei 200.000 € insgesamt, davon 80.000 € für Spielgeräte und deren Montage und 120.000 € für die Grundflächengestaltung. Es gehe um die Frage, den Spielplatz günstiger gestalten zu können, nicht mit weniger Spielgeräten, sondern mit preiswerteren Erdarbeiten, um das verbleibende Geld zur Sanierung anderer Spielplätze verfügbar zu haben.

Ihn interessieren auch die Folgekosten und da die Entwicklungspflege.

Herr Leuthe informiert dass anfangs Kosten für Entwicklungspflege anfallen würden, bei Vergabe an eine Firma, in Ermangelung eigenen Personals, in Höhe von 4.500 €. Später werde das weniger. Wenn dann künftig, wie zugesichert, mehr eigenes Personal vorhanden sei, würden diese Arbeiten im normalen Rhythmus zusammen mit den Mäharbeiten erledigt. Auch in diesem Jahr würden aufgrund des Personalmangels, wie in den vergangenen Jahren, erst im August alle Mäharbeiten erledigt sein.

Hinsichtlich der ausgewählten Spielgeräte informiert Herr Leuthe, dass es sich um äußerst robuste Geräte der Firma Richter handele, die zunächst etwas teuer, dafür aber stabil und langlebig seien, so wie die Spielgeräte in Diepeschraath, die teilweise schon mehr als 20 Jahre dort stünden.

Im Rahmen der Erdarbeiten sei Wiesenfläche zum Sitzen in der Mittagspause zu den Häusern der Tannenbergsstraße hin vorgesehen. Dort könne man auch lagern und Ball spielen. Teilweise geschützt sei der Bereich durch den Zaun vom Abwasserwerk. Mit der noch vorhandenen Erde solle ein Lärmschutz zur Straße hin modelliert werden, damit die Fläche auch genutzt werde. Aber dieses Modellieren sei nicht billig. Auch sei die Anlegung der Versorgungswege für den Spielplatz und die Schächte des Abwasserwerk in den Erdarbeiten erfasst. Des weiteren koste allein die Füllung der Sandfläche zum Spielen und unter den Spielgeräten als notwendiger Fallschutz im Sinne der Verkehrssicherheit 14.850 €.

Herr Ziffus hält die Abgrenzung zur Hauptstraße durch einen Erdwall für notwendig, denn ohne Geländemodellierung setze sich dort niemand hin und wolle auch kein Kind spielen.

Herr Komenda wünscht sich alternativ zu dem nicht zu erstellenden Bolzplatz eine kreative Lösung durch geschickte Anpflanzungen zweier Bäume. Wenn der Wall dann auch noch bepflanzt sei, brauche man auch keinen Gitterzaun.

Ferner vermisst er mehrere erwähnte Karten und Luftaufnahmen. Er habe in der Vorlage nur Tabellen gefunden.

Herr Galley findet, dass viel Bedenkenswertes gesagt worden sei, auch von den Kollegen der CDU. Er ist dennoch der Meinung, den Spielplatz in der vorgeschlagenen Form zu realisieren, denn wenn man das gesamte Terrain betrachte, einschließlich dem größeren Einzugsgebiet, erscheine die Lage ein wenig trostlos. Allein die Tatsache, dass da wieder Grün hinkomme, sei sehr positiv und er hoffe, dass das Einzugsgebiet weiter gefasst sei als nur die anliegenden Straßen. Auch er könne sich daran erinnern, dass früher Leute auf der Wiese gesessen hätten, aber es sei in weiten Teilen auch eine Wiese mit laufenden Hunden und entsprechenden Hinterlassenschaften gewesen. Wenn wieder nur Wiese angelegt würde, fürchte er, dass sich dieses Problem wiederhole und dann langfristig auch niemand mehr da sitzen werde. Das sei eher zu verhindern wenn man der Fläche ansehe, dass dort Kinder spielten. Dann würde voraussichtlich der ein oder andere Hundebesitzer vorsichtiger

werden. Er jedenfalls würde sich darüber freuen, wenn der Spielplatz in der vorgeschlagenen Art und Weise realisiert würde. Gemessen an den soeben von Herrn Leuthe genannten Kosten, erscheine ihm das Anlegen nicht zu teuer zu sein.

Herr Höring wendet ein, dass es auch Aufgabe der Politik sei, Planungen und Vorschläge der Verwaltung kritisch zu hinterfragen im Sinne der Bürgerinnen und Bürger, denn es handele sich letztlich um öffentliche Mittel. Selbst wenn der Spielplatz an der Saaler Mühle von vielen Eltern fußläufig erreicht werden könne, so führen doch viele mit dem Auto dorthin. Er finde es legitim entsprechende Fragen zu stellen und Anregungen zu unterbreiten.

Er habe nichts gegen den Spielplatz einzuwenden und könne sich vorstellen, dass es der schönste im Stadtgebiet werden könnte. Trotzdem mache er den Vorschlag, die Verwaltung zu bitten den Spielplatzvorschlag so zu belassen, aber die Gesamtkosten um 20 % zu reduzieren, also von 200.000 € auf ca.160.000 €, als Wunsch. Es gehe ihm aber um Einsparungen nicht am Spielplatz selbst, sondern an der gesamten Anlage. In die nächste Sitzung solle die Verwaltung eine entsprechende Vorlage einbringen.

Herr Komenda geht davon aus, dass der Spielplatz in den Sommerferien hergestellt werden sollte.

Dem widerspricht Herr Leuthe. Erst müsse ausgeschrieben werden. Geplant gewesen sei Mitte September anzufangen und ihn bis zum Jahresende fertig zu stellen.

Herr Vorndran stellt fest, dass in der Gesprächsrunde viele gute Anregungen gegeben worden seien. Er würde es begrüßen, wenn die Verwaltung alle diese Anregungen ernsthaft prüfe und dann eine Vorlage vorlege, die auch Alternativen enthalte, denn die würden eindeutig fehlen. Bei derartigen Entscheidungen würde er gerne zwischen zwei oder drei Alternativen wählen können. Eine, um zu sehen, welche Idee die Kosten günstigste sei, eine, die die geringsten Folgekosten erwarten lasse und eine, die die Bedürfnisse der Bevölkerung am ehesten bediene, die im Umkreis des Spielplatzes lebe.

Herr Ziffus wünscht sich derartige Nachhaltigkeitsüberlegungen bei allen Verkehrsthemen, z.b. bei Parkplätzen für Fahrräder, die zweifellos billiger seien als die für Autos und mehr Unterstützung für Fußgänger.

Er fasst zusammen:

1. Den Antrag auf Vertagung und Neuvorlage mit Alternativen von Herrn Vorndran und der CDU-Fraktion.

2. Antrag der CDU an die Verwaltung auf Reduzierung der Kosten um 20 %.

3. Antrag der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN auf Spielgeräte für Erwachsene.

Der Antrag auf Vertagung und Vorlage von Alternativen wird von der CDU-Fraktion, der Fraktion Freie Wählergemeinschaft Bergisch und der FDP-Fraktion gegen die Stimmen der SPD-Fraktion, der Fraktion Die Linke./BfBB und den Stimmen der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN mehrheitlich angenommen und der Fachbereich Stadtgrün damit beauftragt, in der Sitzung am 19.9.2013 eine entsprechende Vorlage vorzulegen.

12. Baubeginn der Kanalbaumaßnahmen Friedrich-Offermann-Straße, 1. BA und Am Stadion/Buchholzstraße
0269/2013

Herr Ziffus erinnert an das von ihm vorab verlesene Schreiben von Haus und Grund, dessen Thematik sich jetzt erledigt habe und erkundigt sich nach Redebeiträgen.

Herr Komenda beantragt getrennte Abstimmung für die beiden Maßnahmen, wie im Infrastrukturausschuss geschehen.

Herr Mömkes geht davon aus, dass diese Kanalbaumaßnahmen notwendig seien aber bei den betroffenen Anwohnern und Gewerbetreibenden zu großen Belastungen führen würden, vor allem, wenn man nicht genau wisse, was auf einen zukomme. Daher halte er für dringend erforderlich, möglichst bald für alle Gewerbetreibende und auch die Anwohner Veranstaltungen anzubieten, in denen sie detailliert darüber informiert würden, wann und wie gebaut werden solle und welche Einschnitte und Einschränkungen hinzunehmen sein würden. Gemeinsam sei zu überlegen, diese Einschränkungen so weit wie möglich zu minimieren. Ihm sei es ein wichtiges Anliegen zwingend zu verhindern, dass Gewerbetreibende in Existenznot gerieten.

Herr Ziffus geht davon aus, dass sich die Verwaltung intensiv darum kümmern werde.

Herr Wagner informiert, dass vor konkreter Einbeziehung der Anlieger erst das Votum der beiden Ausschüsse AUKV und ISA einzuholen gewesen sei. Vorher mache es keinen Sinn, eine Zeitschiene vorzustellen. Wenn vorliegend auch der AUKV zustimme, werde der Zeitplan konkretisiert und die Ablaufplanung vor Ort diskutiert. Erste Kontakte hätten schon statt gefunden und es sei Ziel, auf die Belange der jeweiligen Anlieger einzugehen. Dass verlässliche Zu- und Abfahrtsmöglichkeiten gewährt sein müssen, sei mehr als eine Selbstverständlichkeit.

Herr Ziffus erwähnt dass ein positives Ergebnis der Baumaßnahme Friedrich-Offermann-Straße sein werde, dass eine Überflutung der Feuerwache an der Wipperfürther Straße nicht mehr so häufig vorkommen werde. Da sei der Kanal übergelaufen. Auch in anderen Bereich werde kombiniert. Da werde das Regenwasserrückhaltebecken Kieppemühle erweitert mit einem Überschlag in den Gierather Wald. Beides sei auch im Rahmen des Hochwasserschutzes in der Stadt Bergisch Gladbach von sehr großer Bedeutung. Im Einzelfall müsse man unter Umständen verstärkt mit Tunnelvortrieb arbeiten, was im Gespräch mit den Anwohnern zu klären sein werde.

Herr Kremer erinnert, dass das Thema Tunnelvortrieb auch in den bisherigen Vorlagen immer dargestellt worden sei, wie bei der Kreuzungen Friedrich Offermann Straße/Overather Straße. Es könne nicht sein, dass solch zentrale Kreuzungen lahm gelegt würde. Das Gleiche erfolge Standard mäßig auch an anderen neuralgischen Punkten.

Herr Ziffus lässt getrennt abstimmen:

1. Baumaßnahme Friedrich-Offermann-Straße (RÜB/RRB/MW-Kanäle), 1. Bauabschnitt, RRB, ABK-Nr.: 01.02.31, gepl. Baubeginn 13.01.2014:

Diese Maßnahme wird mit einer Gegenstimme der Fraktion Die Linke./BfBB mehrheitlich angenommen. Die

2. Baumaßnahme Am Stadion/Buchholzstr. RKB/RRB A 120 und RW-Kanal, ABK-Nr.: 01.02.208, gepl. Baubeginn 31.03.2014, wird mit den Stimmen der CDU-Fraktion, Der FDP-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN

gegen die Stimmen der SPD-Fraktion, der Fraktion Die Linke./BfBB und die Stimme der Freien Wählergemeinschaft mehrheitlich angenommen.

Herr Ziffus geht davon aus, dass die Verwaltung umsichtig vorgehe, um zu verhindern, dass Existenzen zugrunde gehen. Auch werde sicherlich auf Tafeln erkennbar sein, wo man welche Firma erreiche.

13. Anträge der Fraktionen

13.1. Einrichtung einer Fahrradstraße bzw. Einrichtung eines verkehrsberuhigten Geschäftsbereichs in der unteren Hauptstraße 0335/2013

Herr Ziffus führt ein, dass es sich vorliegend um eine Kombination zur Verlangsamung des Fahrzeugverkehrs handele, in der sowohl auf den Antrag, eine Fahrradstraße einzurichten als auch auf den zur Einrichtung einer Tempo-20-Zone in diesem Bereich eingegangen werde.

Herr Zalfen informiert, dass über den Antrag lange im Arbeitskreis debattiert worden sei mit dem Ergebnis, dass sich die SPD-Fraktion dem Antrag der Fraktion Bündnis 90/ DIE GRÜNEN anschließe, in der Unteren Hauptstraße für ein Jahr eine Fahrradstraße einzurichten. Zur Begründung: Am Busbahnhof werde eine Fahrradstation geplant und insgesamt ein Fahrradwegenetzkonzept für die Innenstadt. Die SPD-Fraktion sei der Überzeugung ein Signal setzen zu müssen, dass Radfahrer- und Fußgängerverkehr am Eingang der Stadt Vorrang haben sollten gegenüber anderen Verkehrsmitteln. Auch wenn der Bereich vorher und hinterher nicht besonders Fahrrad freundlich sei, solle das ein Jahr lang ausprobiert werden.

Es müsse allerdings möglich bleiben, dass Anlieger mit ihren Pkw durchfahren und die Geschäfte angedient werden könnten. Ebenso müsse der Busverkehr ungehinderte Durchfahrtsmöglichkeit behalten. Der Durchgangsverkehr könne über die Kalkstraße in den Driescher Kreisel geleitet werden.

Herr Höring stimmt stellvertretend für die CDU-Fraktion zu, sofern Anlieger-, Geschäfts- und Busverkehr sicher gestellt seien. Den Durchgangsverkehr außen herum zu leiten, hält er sowohl für die Anwohner als auch für die allgemeine Sicherheit für eine Verbesserung. Aufgabe der Straßenverkehrsbehörde sei nun zu überlegen, wie das oder eine Tempo-20-Regelung zu realisieren sei, befristet für ein Jahr.

Herr Ziffus äußert sich erfreut über eine anstehende Verbesserung in Form einer Fahrradstraße.

Herr Dlugosch informiert, dass im Arbeitskreis der Fraktion Die Linke./BfBB diese Anträge kontrovers diskutiert worden seien mit dem Ergebnis, dass dieser Hauptstraßenabschnitt eine notwendige Durchflussmöglichkeit zur Innenstadt darstelle und angezweifelt werde, dass die Kalkstraße diese Verkehrsmenge aufnehmen könne.

Herr Widdenhöfer verweist auf Seite 36 der Einladung, auf der die Voraussetzungen nach der Straßenverkehrsordnung angeführt seien. Es müsse allen bewusst sein, dass in einer Fahrradstraße das Fahrradfahren die hauptsächliche Verkehrsart sei. Er bezweifle, ob das für die Geschäftsleute das richtige Mittel sei. Ein „Verkehrsberuhigter Geschäftsbereich“ sei eher vorstellbar.

Herr Ziffus vergewissert sich, ob Herr Widdenhöfer damit eine Tempo20-Zone meine, was dieser bestätigt.

Herr Hardt ergänzt, dass unter verkehrlichen Aspekten auch eine vorerst provisorische Schließung der unteren Hauptstraße für den Durchgangsverkehr kontra produktiv sei, denn stündlich führen bis zu ca. 400 - 500 Fahrzeuge als freie Rechtsabbieger in Richtung Bensberg oder Herrenstrunden, die künftig zusätzlich durch den Kreisverkehr geleitet würden. Das würde dem angestrebten Aspekt,

dort den Verkehr zu verflüssigen, völlig entgegenlaufen, da durch den Zusatzverkehr die Leistungsfähigkeit des Kreisverkehrs gemindert werde.

Herr Uttich weist darauf hin, dass Fahrradstraße bedeute, dass jede andere Verkehrsart, wie Bus oder Auto durch Zusatzbeschilderung ausdrücklich zugelassen werden müsse. Ferner seien vorab Umbaumaßnahmen durch den Baulastträger erforderlich.

In einer Fahrradstraße gelte eine vorgeschriebene Höchstgeschwindigkeit von 30 km/h. Also nicht 20 km/h. Es handele sich da um zwei völlig verschiedene Dinge.

Herr Galley spricht sich für noch mehr progressive Maßnahmen aus, den Verkehr mittels Umsteigen von Auto fahren auf Fahrrad fahren weiter zu verflüssigen. Er überlasse der Verwaltung vertrauensvoll das Wie der Umsetzung.

Herr Zalfen unterstützt die Aussagen von Herrn Höring und Herrn Galley. Angestrebtes Ziel sei inhaltlich diesen Bereich durch städtebauliche Verbesserung, wie den Park mit dem attraktiven Spielplatz von TOP 11 und die verkehrsberuhigte Straße dorthin zunehmend attraktiver zu gestalten, so dass man sich gerne dort hin bewege, dort aufhalte und auch einkaufe. Die Begrifflichkeit sei von völlig unter geordneter Bedeutung.

Herr Ziffus fasst zusammen, dass sich abzeichne, dass sich eine Mehrheit für einen verkehrsberuhigten Bereich mit Tempo 20 aussprechen werde. Vor diesem Hintergrund mache es wenig Sinn, über einen Antrag als Fahrradstraße abstimmen zu lassen. Er vergewissert sich bei Herrn Schallehn, ob er damit einverstanden sei, die Abstimmung auf diesen anderen Antrag zu reduzieren.

Herr Schallehn nickt zustimmend.

Herrn Jentsch erscheint die Abstimmung zur Beauftragung der Verwaltung, dort eine verkehrsberuhigte Zone einzurichten, für zu überstürzt. Er möchte nicht gegen die Bedenken der Verwaltung ad hoc entscheiden, sondern vor Abstimmung erst erfahren, wie eine solche verkehrsberuhigte Zone aussehen könne. Das entspreche eher seinem Verständnis von verantwortungsbewusstem Entscheiden.

Vor Abstimmung weist Herr Widdenhöfer klärend darauf hin, dass in einem verkehrsberuhigten Geschäftsbereich mit Tempo 20 die Aufenthaltsfunktion überwiegen müsse. Das sei gut erkennbar am Beispiel Siebenmorgen in Refrath, wo in einer Mischfläche ohne Bordsteineinfassung zahlreiche Fußgänger kreuzen.

Herr Ziffus lässt für **einen „verkehrsberuhigten Geschäftsbereich“ mit Tempo 20 auf dem Abschnitt zwischen der Dechant-Müller-Straße und dem Driescher Kreisel** abstimmen:

Dafür stimmen die Vertreter der CDU-Fraktion, der Freien Wählergemeinschaft, der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN, der SPD-Fraktion und die der Fraktion die Linke./BfBB,

dagegen stimmen die beiden Vertreter der FDP-Fraktion. Somit wird der Antrag mehrheitlich angenommen.

**13.2. Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 18.03.2013 zur
Einrichtung eines Kreisverkehrs an der Kreuzung Dechant-Müller-
Straße/Hauptstraße
0230/2013/1**

Herr Wagner hält es für den Bürgern schwer vermittelbar, wenn an der Dechant-Müller-Straße/Hauptstraße die kürzlich erstellte Kreuzung, die auch ihr Geld gekostete habe, schon wieder verändert und in einen Kreisverkehr umgestaltet werde.

Herr Zalfen schließt sich stellvertretend für den SPD-Arbeitskreis diesen Ausführungen an, dass es zur Zeit unpassend sei, die frisch renovierte Kreuzung gleich wieder aufzureißen.

Herr Ziffus äußert sich enttäuscht über die in der Vorlage von der Verwaltung gewählte Formulierung, dass "verkehrliche Kriterien, die für die Einrichtung eines Kreisverkehrs sprechen, nicht genannt würden und in der Tat auch nicht vorhanden seien."

Wer, wie er, mehrmals wöchentlich aus der Innenstadt kommend nach Westen fahre, wisse, dass das für Radfahrer lebensgefährlich sei. Man könne von keinem Radfahrer verlangen vom Rad abzusteigen. Das tue er wenn da stehe: Autofahrer bitte raus und schieben Sie Ihr Auto über die Kreuzung. Ein Fahrradkonzept, das verlange, dass die Leute zwischendurch absteigen, halte er für absurd. Mit anderen Worten: Es bestehe hier eine verkehrliche Gefährdung des durchgehenden Radverkehrs. Und dann seitens der Verwaltung zu unterstellen, dass es diese verkehrlichen Kriterien nicht gäbe, die für einen Kreisverkehr sprächen, müsse er aufs schärfste zurückweisen. Das sei unsachlich, unlogisch und damit nicht adäquat für eine Diskussion hier in diesem Ausschuss.

Wenn in der Vergangenheit über ruhenden Verkehr in der Innenstadt gesprochen worden sei und man nachgefragt habe, sei immer wieder gesagt worden, man meine den PKW-Verkehr, weil verkehrliche Belange des ruhenden Verkehrs für Radfahrer und Fußgänger in der Verwaltung lange Zeit völlig unbekannt gewesen seien. Von der Seite her betrachtet, bestehe hier in jedem Fall Änderungsbedarf. Wenn der maßgebliche Planer gemeint habe, man müsse Radfahrer nicht berücksichtigen und wenn das hier auch keiner registriert habe, weder in der Spitze der Verwaltung noch in der politischen Mehrheit hier, müsse man sehr deutlich sagen, dass dies ein Fehler gewesen sei. Hier hätte von vorne herein eine andere Lösung beschlossen werden müssen.

Es sei für Fahrradfahrer äußerst gefährlich, die Dechant-Müller-Straße hinunter zu fahren bei einer Fahrspurbreite von nur 3,05 m, was noch nicht einmal der für Landstraßen vorgeschriebenen Breite von 3,25 pro Fahrspur entspreche. Das könne man nicht verlangen. Da hänge einem der 40-Tonner im Nacken. Wenn man nur einen kleine Fehler mache, sei man als Radfahrer tot. Von der Seite her gebe es eine für Radfahrer absolut unzureichende Situation, die durch eine fehlerhafte Planung entstanden sei. Die Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN habe lediglich beantragt, diese fehlerhafte Planung im Nachhinein zu korrigieren. Dass fehlerhafte Planung Geld koste, sei jedem klar, auch aus dem privaten Leben.

Herr Buchen erinnert, dass ein Fraktionskollege der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN bei der vorangegangenen Diskussion über Spielplätze die CDU-Fraktion angegriffen habe, dass es für Verkehrsprojekte immer Geld gebe.

Jetzt erlebe er das als völlig umgekehrt. Eine Kreuzung sei kürzlich neu erstellt worden und in einem 1 a Zustand. Daneben solle ein besagter Spielplatz entstehen, den auch die CDU-Fraktion so haben wolle und jetzt solle an der Stelle ein Kreisverkehr gebaut werden. Ihn interessiere die Finanzierung und welche Spielplätze dafür gestrichen werden sollten.

Frau Bilo erschließt sich nicht das Problem, denn so weit sie wisse verlaufe auf diesem Abschnitt der Hauptstraße ein Fahrradweg in beiden Richtungen auf beiden Seiten. Wenn man die Hauptstraße Richtung Dechant-Müller-Straße auf dem Fahrradweg befahre und an der Dechant-

Müller-Straße nicht weiter komme, müsse man, wie z.B. bei Kreuzungen und Einmündungen absteigen und auf der anderen Seite weiter fahren.

Herr Ziffus bleibt dabei, dass man an der genannten Stelle absteigen und 50 m schieben müsse, was nicht für ein Fehler freies Radfahrkonzept spreche.

Herr Schmickler verweist darauf, dass man als Radfahrer an Fußgängerüberwegen absteigen und schieben müsse. Das habe mit dem Ausbau und der Planung dieser Kreuzung, die seinerzeit gemeinsam diskutiert worden sei, gar nichts zu tun.

Im Übrigen verweist er auf den Hinweis in der Vorlage auf eine eigens eingerichtete, elegante, alternative Wegführung über die Kalkstraße, die auch er nutze und für wesentlich weniger störanfällig erachte, denn dort komme der Radfahrer nicht in Konflikt mit Fahrradgegenverkehr, Fußgängern und Autos.

Herr Ziffus wendet dagegen ein, dass man auf diesem Wege nicht gefahrlos in die Cederwaldstraße gelangen könne, denn dorthin müsse man 2 Fahrbahnen kreuzen.

Hinsichtlich der Diskussion über Fahrradwege zeigt sich Herr Zalfen erschüttert darüber, wie viele eigentliche Vorbilder, auch reichlich in diesem Ausschuss, immer wieder die Verkehrsregeln missachten durch Fahren durch die Fußgängerzonen, auf Fußgängerüberwegen, Aufsetzen auf Wellen. Er erinnert daran, dass sich das vorliegende Thema an einem Unfall an dieser Stelle entzündet habe.

Es sei ihre Aufgabe gerade Jüngeren klar zu machen, dass es bestimmte Regeln gebe und für deren Einhaltung zu sorgen. Da gehe nicht gerade als gutes Beispiel voran, wer offen erkläre, dass er an diesen Stellen diese Regeln missachte. Als Privatmann könne er es nach Belieben so handhaben aber in einer öffentlichen Diskussion empfinde er das als anrühlich.

Er weist darauf hin, dass sich planungsrechtlich etwas an dem Gronauer Kreisel mit dem Projekt von Herrn Kramer bewege, auch die verkehrliche Situation durch die Kanalbaumaßnahme. In einer der hässlichsten Ecken im näheren Stadtgebiet von Alt Bergisch Gladbach würden mit der Möglichkeit Verkehre neu zu ordnen, Fahrradwege mit den entsprechenden Breiten gebaut, Gefahrenstellen entschärft und mit entsprechenden Beschilderungen versehen, so dass Kinder und Jugendliche, sofern sie sich an Regeln halten, von solchen Unfällen verschont würden. Abweichende Gesetzesregelungen seien bundespolitisch zu veranlassen. Der AUKV stünde dafür, dass die vorhandenen Regelungen eingehalten würden.

Herr Ziffus betont, eine ganze Weile juristisch vollkommen richtig gefahren zu sein. Hin komme man aus Gronau einwandfrei bis zum Rathaus. Aber entlang der Straße An der Gohrsmühle zurück fahrend werde man als Radfahrer durch die neuen, mitten im Radweg stehenden Schranken gestoppt. Dann könne man in Richtung Bahnhof weiter fahren oder in den Kreisel hinein, auch illegal über die LKW-Spur bei der Ausfahrt aus der Belieferungszone. Eine Ausfahrtmöglichkeit für Fahrradfahrer aus dem Kreisel in die untere Hauptstraße sei vergessen worden. Wer eine derart grob fehlerhafte Planung und Umsetzung, eine Schranke mitten im Radweg erstellen zu lassen und keinen Ausweg für Fahrradfahrer aus dem Kreisel in die untere Hauptstraße vorsehe, könne doch nicht verlangen, dass man sich an diese Regelungen halte.

Herr Ziffus lässt über den **Antrag der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN abstimmen, an der Dechant-Müller-Straße einen Kreisverkehr anstelle der Einmündung einzurichten:**

Dafür stimmen die beiden Vertreter der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN, dagegen sind die CDU, die FDP, die Freien und 3 Vertreter der SPD bei einer Enthaltung der SPD. Damit ist der Antrag mehrheitlich abgelehnt.

Er fürchte, dass die Diskussion und die Notwendigkeit, sich damit zu beschäftigen damit nicht endgültig beendet sein werde, da er davon ausgehe, dass dort künftig Unfälle geschehen würden.

13.3. Antrag der CDU-Fraktion vom 18.03.2013, eingegangen am 16.04.2013, zum Verkehrskonzept für das Umfeld der Naherholungsanlage am Diepeschrather Weg

0346/2013

Herr Ziffus weist darauf hin, dass im Kopf der Vorlage irrtümlich Anfrage stehe, im Text und auf dem Antragschreiben aber Antrag stehe. Auch die Zuordnung sei unter Anträge erfolgt.

Herrn Mömkes bestätigt, dass es sich um einen Antrag der CDU-Fraktion handle.

Herr Höring erläutert, dass es für die CDU-Fraktion um die Verbesserung der Verkehrssituation im Bereich Diepeschrather Weg und Umgebung gehe. Im Zusammenhang mit der Diskussion um den Kletterpark hätten Anwohner beklagt, dass es gerade während der Sommerzeit dort zu wildem Parken komme und in diesem Zusammenhang Grundstücke zu geparkt würden. Selbst wenn es sich um subjektive Wahrnehmung handle, wolle man dem trotzdem nachgehen. Die Verwaltung schreibe, dass jede Einschränkung bei den Stellplätzen auch Nachteile für die Anwohner und für deren Gäste mit sich führe. Daher werde gebeten, sich mit den Anwohnern dort in welcher Form auch immer auseinander zu setzen, auch mit der Information, dass jede veränderte Parkregelung z.B. durch Parktaschen neben erwünschten Vorteilen auch Nachteile brächte. Das Ergebnis der Befragung bitte er dem Ausschuss zur Kenntnis zu bringen, um gegebenenfalls dann mögliche Veränderungen zu diskutieren und zu beschließen.

Herr Hardt bestätigt, dass seitens der Verwaltung schon eingeplant sei, die Anwohner nach den Ferien einzubeziehen. Beim Ausbau des Neuen Trasswegs in Refrath habe man das gerade so gemacht. Von daher spreche nichts dagegen.

Herr Ziffus erkundigt sich bei der CDU-Fraktion ob es ausreiche, den Antrag in dieser Form zur Kenntnis zu nehmen, was von Herrn Höring bestätigt wird.

14. Anfragen der Ausschussmitglieder

Herr Schermer hat vier Anliegen:

1. Aus Richtung Heidkamp kommend hänge an der letzten Laterne vor der Kreuzung Gladbacher-Straße, Buddestraße, Saaler Straße ein Hinweisschild zur Erreichung des Lidl-Marktes. Der Pfeil nach rechts zeige missverständlich in die Saaler Straße, was zu Irrfahrten der Autofahrer und unnötigen Verkehrsstockungen vor allem in der Graf-Adolf-Straße führe. Das Schild gehöre in der Buddestraße vor der Kölner-Straße angebracht, denn von da aus stimme auch die Entfernungsangabe zum Lidl-Markt.

2. Herr Schermer weist auf die unhaltbare Verkehrssituation in der Graf-Adolf-Straße/Karl-Theodor-Straße, vor allem im Bereich des Neubaugebietes "Grafenhöhe" hin. Ihm sei völlig unverständlich, warum nicht zumindest in der Graf-Adolf-Straße, also zwischen Kölner-Straße und Karl-Theodor-Straße, Einbahnstraßenregelung eingerichtet worden sei für die Zeit der Baumaßnahme. Die Verkehrssituation sei nicht nur für Behinderte und Senioren sondern allgemein für Fußgänger schwierig. Alles sei von PKW und Klein LKW bis 3,5 t, die über die eigentlichen Parktaschen hinausragen würden, zugeparkt.

3. Verschärft werde die Situation lt. Herrn Schermer, durch wuchernde und überhängende Sträucher. Der Bürgersteig sei an diversen Stellen überhaupt nicht nutzbar, insbesondere an der Ecke Graf-Adolf-Straße/Karl-Theodor-Straße, abwärts zur Max-Joseph-Straße. Die Eck"bewaldung" sei üppig und Dornen reich und man laufe bei Benutzung des Gehweges Gefahr sich zu verletzen oder die Kleidung zu zerreißen. Da bestehe dringender Handlungsbedarf.

4. Positiv sei, dass, um weiterhin in die Graf-Adolf-Straße ein- oder aus ihr ausfahren zu können, von der Innenstadt Bensberg kommend an der Einmündung der Graf-Adolf-Straße in die Kölner-Straße vor einigen Wochen ein Schild aufgestellt worden sei mit dem Hinweis: "Bitte halten bei Verkehrsstau oder geschlossener Schranke." Er vermute, dass die Schrift zu klein gewählt sei, um die Aufschrift rechtzeitig oder überhaupt lesen zu können, denn oftmals werde erst zu spät oder gar nicht reagiert. Auch werde das Schild schon bei leichtem Wind von belaubten Zweigen verborgen. Herr Schermer regt an, wie in der Fußgängerzone Bensberg, das Schild etwas größer zu beschriften, damit es bereits von weiter oben lesbar sei.

Grundsätzlich hält er für dringend geboten, sich mit den vorgetragenen Anregungen intensiv zu befassen, da er fürchte, dass das Verkehrschaos während der aktiven Bauphase auf dem Gelände "Bensberger Freiheit" noch zunehme. Allein in den vergangenen Tagen oder Wochen habe er auf der Kölner-Straße mehrere Unfälle beobachtet und an der Einmündung Saaler-Straße/Karl-Theodor-Straße mindestens 2 oder 3.

Herr Ziffus weist darauf hin, dass das Beschneiden von Hecken bzw. der Vegetation der Grundstücke Aufgabe der Grundstückseigentümer sei, die das sehr häufig nicht täten. Das gelte auch für die Stadt mit ihren Anlagen.

Herr Widdenhöfer hält für sinnvoller als eine schriftliche Beantwortung der Anregungen, dass Herr Schermer in der nächsten Woche mit ihm und Herrn Uttich einen Gesprächstermin vereinbart, um danach die einzelnen Punkte gezielt in die Wege zu leiten.

Dem stimmt Herr Schermer zu. (*Hinweis: Herr Widdenhöfer ist mit Herrn Schermer in Kontakt.*)

Herr Mömkes

1. Anlieger des Spielplatzes an der Ferdinand-Schmitz-Straße/Opladen-Straße hätten die Verwaltung auf den verrotteten Zaun hingewiesen. Als Antwort hätten sie die Information erhalten, dass der Zaun ersatzlos entfernt würde.

Ihn interessiere a) warum kein Ersatz erstellt werde und b) wie man sicherstellen könne, dass der Spielplatz künftig wieder eingefriedet werde, denn Spielplätze im Wohngebiet müssten gegenüber Privatgrundstücken ringsherum eingefriedet sein.

2. Herr Leuthe habe beim Spielplatz und der Grünanlage auf dem Regenrückhaltebecken Cederwaldstraße von "großen Bergen" an Mutterboden gesprochen. Ihm sei aufgefallen, dass einer der Berge zu 2/3 verschwunden sei. Ihn interessiere warum und wer dafür verantwortlich sei.

3. Herr Mömkes erkundigt sich, wann nach den abgeschlossenen Kanalbauarbeiten in der Otto- und der Eugen-Langen-Straße endlich die Fahrbahndecke wieder hergestellt werde.

Herr Leuthe informiert zu Frage 2, dass es sich bei dem verschwundenen Mutterboden um überschüssiges Material gehandelt habe. Den abfahren zu lassen, sei Kosten intensiv. Um diese Kosten zu sparen, seien konkrete Vereinbarungen mit örtlichen Kanalbauern getroffen worden.

Zu Frage 1 bestätigt Herr Leuthe, dass sich der Anlieger an die Verwaltung gewendet und diese Antwort erhalten habe.

Fakt sei, dass dieser Anlieger häufig Ansprüche an die Stadt richte. Vorliegend handele es sich um zwei Zäune. Der Holzzaun sei marode und seinerzeit großzügig auf Spielplatzgelände erstellt worden. Es bestehe keine rechtliche Verpflichtung, öffentliche Spielplätze zu Privatgrundstücken einzuzäunen. Das könne jeder Anlieger selbst und den Zaun dann auch da erstellen, wo er hingehöre.

Herr Mömkes wendet ein, dass der Anlieger gesagt habe, es handele sich um einen städtischen Zaun.

Das bestätigt Herr Leuthe, denn damals sei, bei besserer Kassenlage der Stadt sehr großzügig verfahren worden und man habe Wünsche von Bürgerinnen und Bürgern erfüllt, ohne dazu rechtlich verpflichtet gewesen zu sein. Das verpflichte aber keinesfalls zur Wiederholung.

Herr Hardt informiert zu Frage 3, dass der Maßnahmebeschluss für die Wiederherstellung der Otto- und der Eugen-Langen-Straße für die Tagesordnung der nächsten AUKV-Sitzung am 19.09.2013 vorgesehen sei. Davor erfolge die Bürgerinformation. Er gehe davon aus, dass noch in diesem Kalenderjahr die Erneuerung der Straßen erfolgen werde.

Herr Dlugosch

1. Herr Dlugosch erkundigt sich danach, wer das unerlaubte Fahrradfahren in der neuen Fußgängerzone kontrolliere.

2. Beschwerden von Geschäftsleuten seien an ihn herangetragen worden, dass im Busbahnhof viele Bänke an den Bushaltestellen von Alkoholikern belagert würden. Er erkundigt sich nach Möglichkeiten, dem Einhalt zu gebieten oder diese Vorkommnisse wenigstens zu reduzieren.

Herr Widdenhöfer informiert, dass es in Deutschland zulässig sei auf Parkbänken zu sitzen und dabei Alkohol zu trinken. Man dürfe sich dabei nur nicht daneben benehmen. Dann würden Polizei und Stadtwächter eingreifen. Dieses gestalte sich in der Praxis oftmals als schwierig, denn das Problem sei vielfältig.

Bei Radfahren in der Fußgängerzone handele es sich begrifflich um "fließenden Verkehr", für den die Polizei zuständig sei. Auch die Stadtwächter würden mit unterschiedlichem Erfolg die Personen ansprechen, aber zuständig sei die Polizei.

Herr Komenda fragt 1. nach dem aktuellen Stand seiner Anregung, den LKW- Durchgangs-Verkehr durch die Broicher-Straße zu unterbinden. Ob es Rückmeldungen gebe von GPS oder den Firmen, die Karten für Navigationssysteme erstellen.

2. Bei der Baumaßnahme "Kaule" sei den Anliegern nicht klar, wann die Mülltonnen von wem noch gelehrt würden und ob die Bürger und wenn ja ab wann, die Mülltonnen dann irgendwohin bringen müssten.

3. Aus der Presse habe er entnommen, dass die Handstraße zum dritten mal in Folge zur Baustelle würde. Ihn interessiert, ob es tatsächlich zutreffe, wie in der Zeitung erwähnt, dass die Stadt hierfür keine Zusatzkosten aufzuwenden hätte. (*Hinweis: Eine Kopie des Schreibens vom 29.08.2013 zu den Fragen 1 - 3 ist als Anlage beigefügt.*)

4. Herr Komenda erkundigt sich nach dem Brief der Bürgerin Frau Anneliese Ingenerf, Hauptstraße 53, Bergisch Gladbach, deren Haus bei dem Hochwasser Ende Juni erstmalig voll gelaufen sei. Dieser Brief sei an den Bürgermeister und an die Fraktionen geschickt worden.

Herr Schmickler erinnert sich an den Brief, in dem behauptet werde, dass es infolge des Baus der Regenrückhalteanlage zu einer Überflutung des Kellers gekommen sei. Dieser Brief werde normal bearbeitet und der Inhalt geprüft. Auch den Fraktionen werde wunschgemäß eine Ausfertigung dieses Antwortschreibens zugesandt. (*Hinweis: Eine Kopie des Schreibens vom 23.07.2013 an Frau Ingenerf, das Herr Komenda und die Fraktionen erhalten haben, ist als Anlage beigefügt.*)

Herr Widdenhöfer informiert, dass kürzlich die Beschilderung an der Broicher-Straße zur Sperrung für LKW über 3,5 Tonnen angeordnet worden sei. Falls nicht schon geschehen, erfolge die Umsetzung umgehend.

Über den Kontakt zu Navifirmen könne er derzeit keine Aussage zu treffen.

Herr Buchen

informiert, dass vor einem Monat die 72 Stunden Aktion des Bundes der deutschen katholischen Jugend stattgefunden habe. In diesem Zusammenhang dankt er den städtischen Mitarbeitern für die kurzfristige tatkräftige Unterstützung. Im Rahmen dieser Maßnahme seien 3 Spielplätze gemeinsam mit Jugendlichen saniert worden. Zusätzlich hat er drei Fragen.

1. Die Jugendlichen des TUS Schildgen hätten eigentlich den maroden Trimm-dich-Pfad in Paffrath renovieren und in diesem Zusammenhang die morschen Balken und rostigen Nägel ersetzen wollen. Hierzu sei Bestandsaufnahme gemacht worden aber zum Schluss sei das Vorhaben, zu seinem Erstaunen, am Naturschutz gescheitert.

Er habe vollstes Verständnis dafür, wenn der Landschaftsbeirat Bedenken anmelde, wenn im Naturschutzgebiet etwas neu geplant oder durchgeführt werden solle. Wenn ein existierender Trimm-dich-Pfad, der im jetzigen Zustand eine Gefahr darstelle, ehrenamtlich saniert und repariert werden könnte, sei ihm diese Reaktion jedoch völlig unverständlich.

Er frage nun, was städtischerseits getan werden könne, um das Engagement der Jugendlichen positiv zu begleiten., denn schließlich planen die Jugendlichen bereits für den Herbst, unabhängig von der 72-Stunden-Aktion, ein weiteres Vorhaben.

2. Im Strundetäl bröckele zum zweiten mal der Belag auf dem Fahrradweg. Seitens der Stadt sei von vornherein gesagt worden, nicht diese Deckschicht zu verwenden sondern robusteres Material. Die Presse habe veröffentlicht dass der Weg wieder hergestellt werde. Herr Buchen bittet darum bei den Damen und Herren im Landschaftsbeirat Überzeugungsarbeit zu leisten, einen robusteren Belag zu wählen.

(*Hinweis: Eine Kopie des Schreibens vom 25.07.2013 an Herrn Buchen ist als Anlage beigefügt.*)

3. Zur Verkehrssituation in Herkenrath Ball weist Herr Buchen darauf hin, dass die Straße Ball rechts ab der Kirchgasse in Richtung Sand bis zum letzten Gebäude auf der rechten Seite vor der letzten Ampel tagsüber überwiegend lückenlos beparkt sei von zum Teil großen Autos, abgestellten Anhängern und sogar breiteren Pritschenwagen mit dem Ergebnis, dass keine Möglichkeit bestehe von unten hoch kommenden Fahrzeugen auszuweichen. Auch gebe es dort den ein oder anderen Dauerparker. Insgesamt sei die Situation besonders bedenklich dadurch, dass 4 - 5 mal stündlich der Bus dort durchfahre, der dann auf den Bürgersteig ausweichen müsse. Sobald Lücken existierten, funktioniere das Ausweichen und anschließende Weiterfahren einwandfrei. Daher rege er an, dort Parkbuchten zu schaffen, damit auch der Verkehrsfluss von oben nach unten gewährleistet sei.

Herrn Uttich ist die problematische Situation bekannt, da sie schon mehrfach Gesprächsthema mit der Polizei und der Kraftverkehrsgesellschaft Wupper-Sieg AG (wupsi) gewesen sei. Als Ergebnis habe man den Bereich von Hecken bis Ball, Einmündung Straßen, mit Halteverbot versehen und somit eine Straßenseite bis zu der Bushaltestelle, an der die Schüler auf der gegenüberliegenden

Seite der Schule aussteigen, komplett parkfrei gehalten. Dadurch müssten zwar die Parkwilligen auf die andere Straßenseite wechseln aber der Bus habe ungehinderte Fahrmöglichkeit.

Auf dem Boden aufgetragene Sperrflächenmarkierung und kurzfristige Halteverbotsschilder seien wiederholt diskutiert worden. In diesem Bereich bestehe u.a. wegen der Wohnbebauung und der Schule Parkdruck, der sich nach erfolgten Änderungen verlagern werde.

Herr Buchen regt an in Ruhe nach Lösungen zu suchen und diese dann als Vorlage in die nächste Sitzung einzubringen.

Herr Hardt hält eine Lösung durch teilweises Halteverbot innerhalb der derzeit durchgehenden Parkzone für praktikabel und schlägt vor, die Details in kleinem Kreis zu klären und danach ohne Vorlage umzusetzen.

Herr Kremer vergewissert sich der Zustimmung des Ausschusses als Rückendeckung für weitere Verhandlungen der Verwaltung mit Vertretern des Rheinisch Bergischen Kreises zu den Fragen zum Trimm-dich-Pfad und dem Wegbelag Herrenstrunden. Diese Zustimmung erfolgt durch mehrheitliches Nicken und wird von Herrn Ziffus verbal bestätigt.

Herr Karakus weist darauf hin, dass der "Hubbel" am Ende der Rampe am Busbahnhof in Bergisch Gladbach so hoch sei, dass man sogar mit Bussen mit dem Heck daran anstoße. Auch viele Autos würden da hängen bleiben. *(Hinweis: Eine Kopie des Schreibens vom 16.07.2013 an Herrn Karakus ist als Anlage beigefügt.)*

2. Der dortige Mittelstreifen würde in letzter Zeit von PKW, Getränke- und Postfahrzeugen beparkt, was zu Verkehrsbehinderungen und Unfällen führe. Wegen der Gefährlichkeit bestehe Handlungsbedarf. *(Hinweis: Von FB 3 wird vermehrt kontrolliert.)*

3. Herr Karakus weist darauf hin, dass in der Dechant-Müller-Straße in Richtung der unteren Hauptstraße in Höhe des Zebrastreifens der seitliche Bewuchs so hoch sei, dass man Fahrradfahrer und Fußgänger leicht übersehen könne. *(Hinweis: Der Bewuchs wurde umgehend gemäht.)*

Herr Leuchte verweist darauf, dass Stadtgrün aufgrund von Personalmangel mit Mäharbeiten im Verzug sei.

Herr Schmickler ist zu Punkt 1 bekannt, dass diesbezüglich Kontakt zwischen städtischen Kollegen und der wupsi bestehe. Hier gehe es nicht um den Versatz in der Höhe sondern um den seitlichen Versatz, der wahrscheinlich zu knapp kalkuliert worden sei. Davon, dass die Fahrzeuge aufgrund der Höhe der Hubbel aufsetzen, höre er heute zum ersten mal.

Herr Schmickler sichert zu zum einen bei der wupsi nachzufragen, ob sie diese Erfahrung auch machen würden und zum anderen wegen der Parksituation, Punkt 2, Lösungen zu finden. *(Hinweis: Dies ist lt. wupsi ein auf zu hohe Geschwindigkeiten zurück zu führendes Problem und wurde inzwischen abgestellt.)*

Herr Ziffus geht davon aus, dass Beratung zwischen dem Ordnungsamt, der Verkehrsbehörde, der wupsi und der Polizei erfolgen und deren Ergebnis den Ausschussmitgliedern als Mitteilungen des Bürgermeisters in der nächsten Sitzung zur Kenntnis gebracht werden.

Herr Ziffus

erkundigt sich nach den noch ausstehenden Farbmarkierung der noch nicht gekennzeichneten Radwege. Für Radfahrer sei die Benutzung von nicht mittels Schildern oder Piktogrammen gekennzeichneten Flächen zwar erlaubt aber deren Benutzung ein Risiko. Denn wenn irgendjemand dort angefahren würde, sei in jedem Fall der Radfahrer schuldig.

Herr Hardt räumt Anlaufschwierigkeiten ein. Ursprünglich sei versucht worden, die Markierungen mit eigenen Kräften auszuführen. Inzwischen sei eine Firma damit beauftragt und seit 2 Wochen sehr aktiv mit der Umsetzung beschäftigt.

14.1. Anfrage der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN vom 21.06.2013 zum Hochwasser in Bergisch Gladbach am 20.06.2013 0361/2013

Herr Zalfen nennt stellvertretend für die SPD-Fraktion 2 Anregungen:

In der Vorlage werde eine zu bildende "Task Force Hochwasser" erwähnt, die zum Einsatz kommen solle, wenn ein Hochwasserereignis bevorstehen könnte. Die SPD-Fraktion würde begrüßen, wenn im Ausschuss über die getroffene Vereinbarung zwischen Rettungskräften der Feuerwehr und dem Abwasserwerk berichtet würde. Ihnen wäre wichtig zu erfahren, was im jeweiligen Falle passieren werde und entsprechende Ablaufpläne zur Kenntnis zu erhalten.

Als zweites sei im Arbeitskreis diskutiert worden, die im Stadtgebiet erfassten 23 oder 27 relevanten Einlaufstellen mittels Monitorwand und vor Ort platzierter Kamera zentral vom Klärwerk Benningsfeld aus zu überwachen, so dass man schnellst möglich erkennen könne, wo es gerade eng werde und akute Gefahr drohe, um dort gezielt eingreifen zu können.

Herr Wagner von Fachbereich 7-68 hält für angebracht, nicht ad hoc irgendetwas zu erzählen. Statt dessen sei geplant, dem Ausschuss in der Sitzung nach den Sommerferien ein Konzept vorzulegen. Ein bisschen hänge es davon ab, was die Politik wolle und wie sie ihre Prioritäten setze. In diesem Zusammenhang müsse definiert werden, welche Sicherheit im Stadtgebiet gewollt sei.

Als nächstes stelle sich die Frage, wer die gewünschte Monitorwand überwache, vor allem nachts. Man müsse das Paket größer schnüren. Einmal gehe es um den Hochwasserschutz, dann um den Kanalbau und drittens um diejenigen, die durch mangelnden Selbstschutz, also durch fehlende Rückstausicherung, unter Wasser gegangen seien. Diese drei Kapitel müssten aufgearbeitet werden, was einige Zeit beanspruche und bereits morgen, dem 10.07.2013, durch ein weiteres Gespräch mit der Feuerwehr fortgesetzt würde.

Herr Mörs, der 38 Jahre der Berufsfeuerwehr Bergisch Gladbach angehört habe, erkundigt sich nach dem Verbleib vorhandener Pläne innerhalb der Verwaltung, denn die aufgetretenen Probleme, z.B. die an der Odenthaler Straße, seien schon länger bekannt. Die Feuerwehr habe mit Bauhof, Betriebshof und dem Kanalbau immer zusammen gearbeitet. Vor Einbau des Rechens an der Odenthaler Straße habe er selbst erlebt, dass ein dort zügig vom Bauhof hingeschickter Kran Matratzen direkt aus dem Wasserlauf herausgegriffen habe. Er fragt, warum die damals bewährten Methoden nicht beibehalten würden. Es sei nicht davon auszugehen, dass der neu eingebaute Rechen automatisch frei bleibe. Von der alten Feuerwache aus sei man sogar sofort zu Fuß hinüber gegangen, um den Verlauf direkt zu beobachten. Durch das umgehende zügige Entfernen des Treibgutes habe sich gar nicht erst so viel Wasser aufstauen können. Ihm sei völlig unverständlich, warum das diese Mal unterlassen worden sei.

Herr Wagner wendet ein, dass es nicht nur diesen einen, sondern mehrere neuralgische Durchlässe im Stadtgebiet gebe. Ferner sei eine dauerhafte Rufbereitschaft mit 2 Personen eingerichtet, auch nachts. Besonders erwähnt er die äußerst positive Reaktionszeit. Im übrigen könne er mittels Fotos

demonstrieren, dass der Rechen durch eingeklemmte Baumstämme verkeilt gewesen sei. Bei der gewaltigen Strömung und den ankommenden Wassermassen sei auch mit einem Greifer nichts mehr zu bewirken gewesen. Händisches Eingreifen untersage er in einem solchen Falle rigoros, denn er wolle keinesfalls Mitarbeiter in Lebensgefahr bringen. Bei den früheren Aktionen könne man nur froh darüber sein, dass niemand an Leib und Leben Schaden genommen habe. Das könne nicht Vorbild sein. Mit einem Greifer komme man nur bedingt an die Örtlichkeit heran. Seit 20 Jahren kenne er diesen Rechen und auch diese elektronische Anlage. Bei dem Hochwasser am 20. Juni seien hier Massen im Minutentakt und nicht innerhalb von 1,2,3 Stunden aufgetaucht, auch durch Fotos belegbar, die nicht mehr zu bewältigen gewesen wären. Den gemachten Vorwurf könne er so nicht stehen lassen, denn die Mitarbeiter hätten die gesamte Nacht an diesem Rechen gearbeitet.

Herr Mörs beschwichtigt, dass er keine Vorwürfe machen wollen. Bei dem Stichwort "Task Force" und "zu erstellenden Plänen" habe er auf möglicherweise noch existierende Pläne zum Handeln an neuralgischen Punkten wie der Odenthaler Straße hinweisen wollen. Schließlich handele es sich nicht um das erste Hochwasser. Er selbst habe sogar schon erlebt, dass der ganze Markt unter Wasser gestanden habe.

Herr Ziffus ergänzt, dass er selbst gesehen habe, wie ein dickes Stück Baumstamm den ganzen Rechen verklemmt habe. Wenn die Anwohner oberhalb ihr Holz von gefälltten Bäumen am Bach stapeln würden und die Partyhütte mit Sofa am Bach stehe, müsse man sich nicht wundern, wenn bei Hochwasser der Rechen verklemme. Er selbst habe eine halbe Stunde nach Beginn des Regens beobachtet, wie Mitarbeiter der Verwaltung sich unter größter Gefahr und Anstrengung, bemüht hätten, den Baumstamm wieder aus dem Rechen heraus zu lösen, genau so wie das Sofa und die Matratze.

Es habe dahinter, oberhalb, wenigstens zum Teil die getroffen, die Verursacher der Überschwemmung gewesen seien. Die Idee, den Bach zu verbreitern und ein Gitter als Vorsperre einzurichten, das die groben Teile abfange und das Wasser darüber und darunter weiter fließen und auch auf Nachbargrundstücke ausweichen lasse, sei möglicherweise gut, um zu verhindern, dass solch ganz großen Teile künftig bis zum Rechen gelangen. Da seien bauliche Veränderungen und auch Veränderungen im Denken der Anrainer erforderlich.

Herr Komenda erkundigt sich, ob man eventuell bei den Verursachern Regress nehmen könne.

Herr Ziffus hält dies für eher unwahrscheinlich, da die erhaltenen Informationen kein Zeugenbeweis seien. Aber sie seien sicherlich als Hinweis an die Stadtverwaltung einzuordnen, bei bestimmten Grundstücken etwas genauer hin zu sehen und auf die Einhaltung von Regeln zu achten.

Herr Schmickler stuft die Informationen als ernst zu nehmende Empfehlung an die Gewässerbegehung und die Öffentlichkeitsarbeit ein.

Ende des öffentlichen Teils der Sitzung: 19.40 Uhr

Gez.: Günter Ziffus

Gez.: Kamenzky

Ausschussvorsitzender

Schriftführerin